



Senioren | Kanton will Potenzial der Seniorinnen und Senioren besser nutzen

Wallis legt Grundstein für die Alterspolitik

SITTEN | Der Kanton Wallis will das Potenzial der Generation 60+ besser nutzen und ältere Menschen beim Erhalt ihrer Selbstständigkeit unterstützen.

Geplant ist ausserdem die Schaffung einer Ombudsstelle für Altersfragen sowie die Einrichtung einer einheitlichen Informationsstelle für Seniorinnen und Senioren.

Die Walliser Rentnerinnen und Rentner erfreuten sich mehrheitlich guter Gesundheit, verfügten über viel Erfahrung und stellten damit «ein Riesopotenzial für die Gesellschaft» dar, sagte Esther Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) am Donnerstag in Sitten vor den Medien. Damit die alternde Bevölkerung weiterhin ihre Rolle in der Gesellschaft spielen könne, müsse man ihre Bedürfnisse kennen.

Bevölkerung 60+ im Fokus

Mit der aktuellen Situation der Generation 60+ im Wallis befasste sich mehr als ein Jahr lang eine 16-köpfige Konsultationskommission, die vom DGSK

beauftragt wurde und am Donnerstag ihren Bericht für die künftige Alterspolitik vorgelegt hat. Neben Mitgliedern aus verschiedenen Dienststellen und Bereichen arbeiteten auch Seniorinnen und Senioren mit. «Wir wollen eine Alterspolitik mit den Senioren und nicht nur für die Senioren machen», hielt Kommissionspräsident Reinhold Schnyder dazu fest. In dem Bericht wird die Bevölkerung ab 60 Jahren aus einem breiten Blickwinkel betrachtet. Untersucht wurden unter anderem die Ausübung der Bürgerrechte, die Anerkennung ihrer Persönlichkeit, ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihre Mitwirkung in der Gesellschaft.

100 Massnahmen

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse schlägt die Kommission rund hundert Massnahmen in verschiedenen Lebensbereichen wie Mobilität, Wohnen, Freizeit und Kultur vor. So empfiehlt sie etwa, die Kompetenzen von Rentnerinnen und Rentnern aufzuwerten, indem ihre Berufstätigkeit verlängert wird oder sie als Freiwillige tätig sind. Um die älteren Menschen beim Erhalt ihrer Selbstständigkeit und Autonomie zu unterstützen, sollen die genera-

tionsübergreifende Solidarität gefestigt und die Kreativität der Senioren durch innovative Projekte gefördert werden.

Vier Handlungsfelder

Mit Blick auf eine realitätstreue Alterspolitik schlägt die Kommission dem Kanton vier prioritäre Handlungsfelder vor. Dazu gehört zunächst eine Bedarfsermittlung anhand der verschiedenen Altersklassen und der regionalen Besonderheiten.

Einen weiteren Eckwert bildet die Schaffung eines rechtlichen Rahmens. Dafür sollen die Rechte der älteren Menschen in der Verfassung verankert werden. Zudem soll ein kantonaler Ombudsmann sämtliche Formen von altersbezogener Diskriminierung beseitigen.

Da die Koordination von Seniorenangeboten und einfach zugängliche Informationen über soziale, kulturelle und rechtliche Projekte und Dienste nach wie vor fehlen, regt die Kommission weiter die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle an. Diese Stelle müsse auch proaktiv tätig sein und die über 60-Jährigen auch über die lokale Freiwilligentätigkeit und

generationenübergreifende Treffpunkte informieren.

Schliesslich will die Kommission auf kantonaler Ebene innovative Projekte von und für Senioren fördern. Dadurch sol-

len die generationenübergreifende Solidarität und die Kreativität von Vereinen und privaten bei der Unterstützung der Senioren für ein eigenständiges Leben gestärkt werden.

Für die Umsetzung der Massnahmen kündigte DGSK-Chefin Esther Waeber-Kalbermatten einen Masterplan an. **fm**



Bericht vorgestellt. Chantal Furrer Rey, Kommissionsmitglied, Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten, Kommissionspräsident Reinhold Schnyder und Fabienne Lepori, wissenschaftliche Mitarbeiterin, (von links) skizzierten die künftige Alterspolitik.

FOTO WB